

FLUCHTWELLE

Im Sommer 1989 waren eine Friedliche Revolution, geschweige denn demokratische Reformen, kaum absehbar. Tausende DDR-Bürgerinnen und -Bürger warteten daher auf die Gelegenheit zur Flucht. Im Spätsommer strömten 6000 Menschen in die bundesdeutschen Botschaften nach Warschau und 4000 nach Prag. 25.000 oft junge Leute nutzten die Grenzöffnung der Volksrepublik Ungarn nach Österreich ab dem 10. September 1989, um dem „*real existierenden Sozialismus*“ den Rücken zu kehren.



Eingesammelte Fahrzeuge von DDR-Geflüchteten auf einem Parkplatz der Staatssicherheit in Grünheide bei Berlin [Quelle: BArch, MfS, HA IX, Fo, Nr. 525, Bild 9]

Im „Zentralorgan der SED“, der Zeitung „Neues Deutschland“, ließ Staats- und Parteichef Erich Honecker am 2. Oktober 1989 verkünden: „*Man sollte ihnen keine Träne nachweinen*“. Auch unter SED-Mitgliedern kam an dieser Einschätzung und dem Verhalten der greisen Parteiführung Kritik auf. Vielerorts entbrannten Diskussionen über die Fluchtursachen. Nachstehend sind hierüber zwei interne Dokumente der Wilhelm-Pieck-Universität (WPU) Rostock abgebildet, die bezeichnenderweise im Original der Staatssicherheit ausgehändigt wurden.

Dr. Michael Heinz

BSTU
0003

*Dorelle
F. Paul*

W.-Pieck-Universität Rostock
Direktorat Technik

Rostock, 02.10.1989
Hü/N



Politisch-ideologische Situation - 02.10.1989

Die Mitarbeiter des Direktorates Technik erfüllen trotz der Ausreisebestrebungen junger DDR-Bürger ihre täglichen Arbeitsaufgaben.

Im verstärkten Maße bilden die Ereignisse, die sich im Zusammenhang mit dem Ausreisebestreben täglich abspielen und durch BRD-Medienpolitik propagiert werden, den Hauptdiskussionsstoff. Kernpunkte der Diskussionen sind:

- Worin liegen die Ursachen für das Ausreisebegehren gerade junger Staatsbürger der DDR, denen alle Vorzüge unserer Gesellschaft zuteil wurden?
- Entsprechen die propagierten Vorzüge der DDR den wahren Vorstellungen unserer jungen Menschen?
- Unverständnis darüber, daß keine offizielle persönliche Stellungnahme führender Partei- und Staatsfunktionäre zu den Fragen der Unzufriedenheit gegeben wird.
- Widerspruch zwischen den Erklärungen des DDR-Außenministeriums vor der UNO, des beauftragten Rechtsanwaltes Vogel und gleichzeitig gelaufener Verhandlungen mit der BRD-Regierung, die in der gebilligten humanitären Ausweisung enden.
- Glaubwürdigkeit unserer Partei und des Staates bei der Lösung dieser Fragen, insbesondere bei der Jugend, wird angezweifelt. Dieses drückt sich durch erneutes Asylgewähren in den BRD-Botschaften aus.
- Die Entscheidung unserer Regierung zur Ausweisung wird nicht verstanden, da dadurch das Problem nicht gelöst wird, insbesondere das der Unzufriedenheit vor allem junger Menschen.
- Die Genossen des Direktorates Technik sind unzufrieden mit den abgegebenen Erklärungen der Partei- und Staatsführung. Es fehlt an richtungsweisenden Erklärungen und Maßnahmen, die die Veränderung der derzeitigen allgemeinen Unruhe in der Bevölkerung erkennen lassen.
- Die Genossen kritisieren weiterhin den Widerspruch zwischen den propagierten Leistungsprinzipien, deren Umsetzung und den Möglichkeiten der Befriedigung gewachsener persönlicher Bedürfnisse.

Lüttig
Dipl.-Ing. Lüttig
Direktor f. Technik

Sternberg
Sternberg
APO-Sekretär

[Quelle: BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 1728, Bl. 3]

q. TB 4 10.89

Rostock, den 04.10.1989

~~Handwritten signature~~
BSTU
0009

Kurzinformation

Über erste Reaktionen von Mitarbeitern und Studenten der WPU
auf die Ereignisse vom 30.9./1.10.89

Gegenwärtig bewegt viele Hochschulangehörige die Aktion im Zusammenhang mit der Ausweisung ehemaliger DDR-Bürger aus den Botschaften in Prag und Warschau.

Bei einem Teil der Mitarbeiter stößt der Schritt der DDR-Regierung sowie die dafür aufgeführte Begründung auf Unverständnis. Es wird die Besorgnis geäußert, daß unsere Regierung mit diesem Schritt erpreßbar geworden ist.

Mitarbeiter und Studenten erkennen, daß die Machenschaften der BRD-Regierung Teil einer schon länger andauernden Kampagne gegen die DDR ist, die nicht zufällig gerade im 40. Jahr des Bestehens der DDR geführt wird. Aber es wird auch eingeschätzt, daß man nicht nur in der westl. Propaganda den Grund der vielen Ausreisen suchen soll. Weshalb begeben sich Menschen in diese Botschaften und verraten die DDR?

Zunehmend wird von den verantwortlichen staatlichen Institutionen unserer Republik erwartet, daß sie endlich die inneren Ursachen dieser Handlungsweise genau analysieren. Warum dies bisher noch nicht geschehen ist, verstehen viele Mitarbeiter und Studenten nicht. Ein Teil der Angehörigen der WPU sehen als Ursache, daß gerade so viele junge Menschen unter den Ausreisewilligen sind folgende:

- a) Vor allem Studenten stellen das Problem der fehlenden Partnerschaft in den Vordergrund: Sie wollen als Partner angesehen werden und Fragen (beliebige Bereiche betreffend) stellen dürfen, und sie sind zunehmend enttäuscht, wenn ihre Fragen nicht beantwortet werden.
- b) Als völlig unbefriedigend ist die Presse- und Medienpolitik einzuschätzen.
- c) die Diskontinuität der Versorgungslage
- d) eine nicht aufgehende Erziehungskonzeption, die unbedingt überdacht werden muß.